

DGAPanalyse

Frankreich

Forschungsinstitut der
Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik

November 2009 N° 8
ISSN 1865-701X

Einzigartig und widersprüchlich: Die Neudefinition der französisch- chinesischen Beziehungen

von Valérie Niquet



Deutsche Gesellschaft
für Auswärtige Politik e.V.

Die DGAPanalysen Frankreich erscheinen
im Rahmen des Deutsch-französischen Zukunftsdialogs
mit freundlicher Unterstützung der

Robert Bosch **Stiftung**

Herausgeber und Redaktion:
Claire Demesmay und Katrin Sold

Kontakt: Claire Demesmay <demesmay@dgap.org>

Herausgeber:

Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. | Rauchstraße 17/18 | 10787 Berlin
Tel.: +49 (0)30 25 42 31-0 | Fax: +49 (0)30 25 42 31-16 | info@dgap.org | www.dgap.org | www.aussenpolitik.net
© 2009 DGAP

Die DGAP trägt mit wissenschaftlichen Untersuchungen und Veröffentlichungen zur Bewertung internationaler Entwicklungen und zur Diskussion hierüber bei. Die in den Veröffentlichungen geäußerten Meinungen sind die der Autoren.

Zusammenfassung / Summary

Valérie Niquet

Einzigartig und widersprüchlich: Die Neudefinition der französisch-chinesischen Beziehungen

- Trotz einzelner Krisen erfuhren die französisch-chinesischen Beziehungen seit Beginn der achtziger Jahre eine stetige Intensivierung, die um die Jahrtausendwende zur Begründung einer »strategischen Partnerschaft« zwischen beiden Ländern führte.
- Ein wachsendes Ungleichgewicht zwischen beiden Volkswirtschaften belastet jedoch die Beziehungen heute – ebenso wie die aggressive Technologietransferpolitik Chinas oder die Asymmetrien zwischen beiden Staaten bezüglich der Investitionen ins Partnerland und der Öffnung ihrer Märkte.
- Auch die politischen Interessen beider Länder divergieren deutlich. Zielen Frankreich wie die Europäische Union auf die Integration Chinas in das internationale System sowie dessen Wirtschaftsentwicklung, stehen für die Volksrepublik der Erhalt des politischen Systems und der Wunsch nach einer multipolaren Weltordnung als Gegenstrategie zu amerikanischer Vorherrschaft im Vordergrund.
- Angesichts des Versuchs Chinas, eine strategische Partnerschaft allein in den Dienst seiner eigenen Ziele zu stellen, muss Frankreich künftig verstärkt das Prinzip der Gegenseitigkeit einfordern, um den französisch-chinesischen Beziehungen auf Dauer Stabilität zu verleihen.

Unique and Contradictory: the New Definition of Sino-French Relations

- Despite different setbacks, the French-Chinese relations underwent a steady development since the beginning of the eighties, which led to a “strategic partnership” between both countries at the turn of the millennium.
- Though, an increasing imbalance between both economies strains the relations today – as well as the aggressive technology transfer policy of China or the asymmetries between both states concerning the mutual investments and the opening of their markets.
- The political interests of both countries also clearly diverge. Whereas France, like the European Union, counts on the integration of China in the international system as well as on its economic development, China focuses on the maintenance of its political system and on the creation of a multipolar order against the American superpower.
- Since China is seeking to put the “strategic partnership” at the single service of its own goals, France will have to insist more on the principle of reciprocity to keep the Franco-Chinese relations sustainable in the future.

Inhalt

Grundlagen und Grenzen der »globalen Partnerschaft«	6
Die Handelsbeziehungen als Symbol für die Schieflage in den französisch-chinesischen Beziehungen	7
Vielfältige Konfliktpunkte oder eine gemeinsame strategische Vision?.....	9
Divergierende Interessen.....	9
Die Bedeutung Chinas und die daraus resultierende Verantwortung.....	10
Welche multipolare Weltordnung?.....	10
Die Zukunft der französisch-chinesischen Beziehungen	11
Anmerkungen	13

Einzigartig und widersprüchlich: Die Neudefinition der französisch-chinesischen Beziehungen

von Valérie Niquet

Lange Zeit wurden die Beziehungen zwischen Frankreich und China als einzigartig, teilweise gar als vorbildlich dargestellt. Peking propagierte sie als Modell und wichtigen Beitrag »zu einer harmonischen und ausgewogenen Entwicklung der Welt«.¹ Vor diesem Hintergrund betrachten chinesische Analysten das Krisenjahr 2008 als »Zäsur« in der bis dahin herrschenden Eintracht. Ein Blick auf die Geschichte der französisch-chinesischen Beziehungen seit Ende der achtziger Jahre zeigt jedoch, dass es bereits vor dem Jahr 2008 immer wieder zu Verstimmungen zwischen beiden Ländern kam. Seit dem Beginn der neunziger Jahre hat sich Chinas Einfluss auf das Weltgeschehen sowohl in wirtschaftlicher als auch in strategischer Hinsicht deutlich verstärkt. Alle internationalen Partner stellt dies vor die Herausforderung, sich der neuen Situation anzupassen. Ein Staat wie Frankreich mit globalen Interessen kann es sich nicht leisten, die regionalen und internationalen Auswirkungen der Entwicklung Chinas unbeachtet zu lassen. Entgegen der Hoffnung, die China zweifellos hegte, kann Frankreichs Position nicht mehr allein darin bestehen, auf seiner Eigenständigkeit gegenüber der Supermacht USA zu pochen. Jenseits eines Diskurses, der eine vermeintliche Übereinstimmung der Positionen propagiert, weisen auch die Interessen Frankreichs und Chinas deutliche Divergenzen auf.

Im Laufe der letzten Jahre haben weitere Faktoren die Entwicklung der Beziehungen zwischen Frankreich und China beeinflusst: eine neue Regierungspolitik in Frankreich und die Übernahme der Amtsgeschäfte durch einen Staatspräsidenten, dessen Faszination für die Jahrtausende alte chinesische Kultur weniger stark ist als die seines Vorgängers; die strategische Annäherung Frankreichs an die USA; die jüngste Debatte über eine verbesserte Regierungsführung, die nicht mehr auf reiner Machtausübung beruht, wie es für Chinas Regierung nach wie vor maßgeblich ist. Gleichzeitig hat

Frankreich Mühe, einen Weg aus der Wirtschaftskrise zu finden, während Chinas wirtschaftliche Entwicklung kaum an Schwung zu verlieren scheint. Zahlreiche französische Geschäftsleute betrachten die wirtschaftliche Dynamik der Volksrepublik China nach wie vor mit Faszination, während chinesische Wirtschaftsexperten immer wieder die »Mängel« im französischen System aufzeigen, die ihrer Meinung nach einzig und allein für Frankreichs Schwierigkeiten auf dem chinesischen Markt verantwortlich sind. Hinzu kommt seit einiger Zeit das Streben Chinas nach Selbstbehauptung auf der internationalen Bühne, gepaart mit nationalistischen Tendenzen – ein weiterer Umstand, der die Beziehungen belastet.

Es herrscht zunehmend die Vorstellung, dass China Frankreich nicht mehr brauche, während umgekehrt Frankreich nach wie vor auf China angewiesen sei. Beide Länder scheinen jedoch, trotz der Unterschiede hinsichtlich ihrer Größe und Bevölkerungszahl, auch etwas gemeinsam zu haben: Sie sind mittlere Mächte, die sich auf der internationalen Bühne mit dieser eher bescheidenen Position nicht zufrieden geben wollen. Beide können zum Sandkorn im politischen Getriebe werden, denn sie verfügen beide über einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat. Das bestehende wirtschaftliche Ungleichgewicht zwischen beiden Staaten liegt zwar auf der Hand, sollte aber nicht überschätzt werden. In der Tat bleibt Chinas Wirtschaft anfällig, und es steht nach wie vor die Frage im Raum, wie die nach der wirtschaftlichen Öffnung unausweichliche politische Transition vollzogen werden wird. Die andauernde Krise hat die chinesische Wirtschaft zusätzlich belastet: Die für das Jahr 2009 angekündigte Wachstumsrate von acht Prozent lenkt von der besorgniserregend schwachen Binnennachfrage und dem anhaltenden Negativtrend bei den Ausfuhren ab. Obwohl China im internationalen Maßstab nach wie vor wirtschaftlichen Schaden

anzurichten und destabilisierend zu wirken vermag, ist sein tatsächlicher Handlungsspielraum eher gering. Frankreich hingegen hat zwar mit beträchtlichen wirtschaftlichen und sozialen Problemen zu kämpfen, steht jedoch industriell und technologisch nach wie vor an der Weltspitze, und dies vor allem in Bereichen, die bei China große Begehrlichkeiten wecken: Telekommunikation, Kernkraft und Raumfahrt. Frankreich und China sind also beide mittlere Mächte, die zugleich ihre Einzigartigkeit im internationalen Kontext wahren wollen. Wie könnten sich die Beziehungen zwischen Frankreich und China unter diesen Bedingungen künftig entwickeln?

Grundlagen und Grenzen der »globalen Partnerschaft«

Die Beziehungen zwischen beiden Ländern haben sich zügig entwickelt, vor allem in den achtziger Jahren, als die chinesische Regierung sowohl auf eine wirtschaftliche als auch in gewissem Maße auf eine politische Öffnung hinzuarbeiten schien. Mehrmals allerdings geriet die Entwicklung der bilateralen Beziehungen ins Stocken. Insbesondere die repressiven Maßnahmen der chinesischen Regierung angesichts der Demonstrationen auf dem Platz des Himmlischen Friedens am 4. Juni 1989 verhinderten eine weitere Vertiefung der Beziehungen. Die politische Eiszeit verlängerte sich durch eine neue Krise, die durch den Waffenverkauf an Taiwan hervorgerufen wurde, bis in die Jahre 1991 und 1992.² Ungeachtet der Tatsache, dass seither ein gewisser Pragmatismus die Beziehungen prägt, ist das nach wie vor »fehlende gegenseitige Vertrauen«, über das Peking klagt, in weiten Teilen dem repressiven Vorgehen von 1989 geschuldet. Die Maßnahmen der chinesischen Regierung hatten jede Hoffnung auf einen – Schritt für Schritt vollzogenen – friedlichen politischen Wandel zunichte gemacht.

Mit den neuen politischen Mehrheitsverhältnissen in Frankreich kommt es dennoch im Jahr 1994 zu einer Normalisierung der Beziehungen. Einer gemeinsamen Erklärung am 12. Januar 1994 folgt ein Besuch des französischen Premierministers Edouard Balladur im April 1994 in China. Noch im gleichen Jahr stattet der chinesische Staatspräsident

Jiang Zemin Frankreich einen Besuch ab. 1996 schließlich wird der chinesische Premierminister Li Peng empfangen, einer der Hauptverantwortlichen für das repressive Vorgehen auf dem Platz des Himmlischen Friedens, und erhält die Gelegenheit, eine Rede vor der französischen Nationalversammlung zu halten. Gleichzeitig trifft Frankreich eine klare Aussage hinsichtlich der Taiwan-Frage, was zum Zeitpunkt der Normalisierung der Beziehungen im Jahre 1964 noch nicht der Fall war.³

Seit Frankreich die von China gestellten Bedingungen akzeptiert, verändert sich das diplomatische Klima, und es etabliert sich nach und nach ein intensiver und »umfassender« politischer Dialog zwischen beiden Ländern: jährliche gegenseitige Besuche der Staats- oder Regierungschefs sowie ein intensiver »strategischer Dialog« unter Einbeziehung der Außen- und Verteidigungsminister. Dieser Dialog konkretisiert sich mit dem Besuch des französischen Staatspräsidenten Jacques Chirac im Mai 1997 und der Unterzeichnung der »Gemeinsamen Erklärung für eine globale Partnerschaft« sowie mehrerer weiterer Kooperationsabkommen. Weitere Willensbekundungen, diese »globale strategische Partnerschaft zu konsolidieren, weiterzuentwickeln und zu bereichern«, folgen im Jahr 2004 während des Besuchs von Staatspräsident Hu Jintao in Frankreich im vierzigsten Jahr der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen in Form einer neuen gemeinsamen Erklärung.⁴ Beide Texte, die Erklärungen von 1997 und die von 2004, bilden heute die Grundlage der strategischen Partnerschaft zwischen Frankreich und China. Während seines vierten und angesichts der nahenden Übergabe der Amtsgeschäfte an seinen Nachfolger Nicolas Sarkozy letzten Staatsbesuches in China im Oktober 2006 unterzeichnet Staatspräsident Chirac erneut eine »Gemeinsame Erklärung«, eine Art »Testament« seiner China-Politik. Darin ruft er dazu auf, »die globale strategische Partnerschaft in Politik, Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft und Technologie zu konsolidieren«.⁵

Bevor die französisch-chinesische Partnerschaft »strategisch« wurde, war sie zunächst als »globale Partnerschaft« definiert worden. In Anlehnung an die Debatten um eine globale strategische Partnerschaft zwischen der EU und China sollte

es bei einer solchen globalen Partnerschaft um mehr als die Zusammenarbeit in Wirtschaft und Handel gehen. Ziel ist es, die Ansprüche zu legitimieren, die die Weltmacht Frankreich oder die EU als aufsteigende politische Kraft erheben, sich künftig globalen Themen, wie strategischen und allgemeinen Sicherheitsfragen, zu widmen. Diese Themen waren aus der Sicht Pekings bislang der Weltmacht USA vorbehalten. China, seinerseits ebenfalls aufsteigende weltpolitische Macht, wusste die Äußerung von Staatspräsident Chirac aus dem Jahr 2006 sehr zu schätzen, der erklärte, die globale Partnerschaft werde China »in den Mittelpunkt der Außenpolitik Frankreichs« stellen. Auch das Thema Umwelt fand Eingang in die erweiterte Erklärung von 2004. Gleichzeitig wurden traditionellere Themen wie die Zusammenarbeit in den Bereichen Kultur, Wissenschaft und Technik erwähnt.

Der Erklärung zufolge teilen beide Länder ihre Sicht auf eine Welt, die multipolar geordnet ist, die Anerkennung der Rolle der Vereinten Nationen sowie das Prinzip der kulturellen Vielfalt.⁶ Paris und Peking erklären ebenfalls, für Abrüstung und Nichtverbreitung von Atomwaffen eintreten zu wollen, und gründen im Rahmen ihres strategischen Dialogs eine Arbeitsgruppe zu Fragen des Rüstungskontrolle und der Nichtweiterverbreitung.⁷ In chinesischen Analysen wird die Zugehörigkeit zu einer »Wertegemeinschaft« mit Frankreich betont, die sich auf die Anerkennung der nationalen Unabhängigkeit, die »Ablehnung jeglicher politischer Macht- und Hegemoniebestrebungen« sowie die Einhaltung des Prinzips der Gleichheit aller Nationen gründet.⁸ Für die Volksrepublik China liegt das Hauptaugenmerk der strategischen Partnerschaft mit Paris auf dem Erhalt einer multipolaren Weltordnung als Gegengewicht zu den USA. Bezeichnend dafür: Die vergeblichen Bemühungen Frankreichs, in Brüssel 2005 die Aufhebung des Embargos für Waffenlieferungen an China zu erwirken, relativierten in den Augen Pekings das Interesse an der Partnerschaft deutlich. Auch die unbeugsame französische Haltung in der Iran-Frage war für Peking nicht nachvollziehbar, während China Frankreich zuvor für seine »Unabhängigkeit« in der Frage des Irak-Kriegs gelobt hatte. Sieht man von dem gemeinsamen Wunsch nach einer »harmonischeren, friedlicheren

und sichereren Welt«⁹ ab, stellt sich also die Frage, welche tatsächliche Bedeutung diese Partnerschaft jeweils für Frankreich und China hat.

Die Handelsbeziehungen als Symbol für die Schiefelage in den französisch-chinesischen Beziehungen

Das anhaltende und sich stetig verstärkende Ungleichgewicht in den Wirtschaftsbeziehungen zwischen Frankreich und China trägt dazu bei, dass »das gegenseitige Vertrauen« zunehmend schwindet, das mit der globalen Partnerschaft eigentlich gestärkt werden sollte. Zum ersten französischen Handelsbilanzdefizit mit der Volksrepublik China kam es im Jahr 1986. Es stieg in den folgenden Jahren weiter an und belief sich im Jahr 2001 auf 7,6 Milliarden Euro. Im Jahr 2008 sollten es dann bereits 22 Milliarden Euro sein. Gleichzeitig verringerte sich Frankreichs Anteil am chinesischen Markt stetig: von 2,3 Prozent im Jahr 1998 auf 1,4 Prozent im Jahr 2007, obwohl sich die Handelsaktivitäten zwischen Frankreich und China seit dem Jahr 2000 mehr als verdoppelt haben. Der Anteil der Exporte nach China an den französischen Ausfuhren insgesamt betrug im Jahre 2008 lediglich zwei Prozent und sank um weitere 0,8 Prozent auf ein Umsatzvolumen von neun Milliarden Euro. Gleichzeitig stiegen die Einfuhren aus China um 7,9 Prozent und erreichten ein Umsatzvolumen von 31,6 Milliarden Euro, was in etwa sieben Prozent der Importe nach Frankreich insgesamt entspricht. Das französische Handelsbilanzdefizit gegenüber China erhöhte sich in der Folge weiter: von 12,4 Milliarden Euro (2006) auf 13,2 Milliarden Euro (2007) und schließlich auf 22,6 Milliarden Euro (2008). Lediglich im ersten Halbjahr 2009 wurde aufgrund der Wirtschaftskrise ein starker Rückgang um 5,3 Prozent bei den Produkteinfuhren aus China verzeichnet. Zugleich gingen jedoch die französischen Ausfuhren ebenfalls stark zurück: um 8,7 Prozent im 2. Halbjahr 2008 und um 10,9 Prozent im ersten Halbjahr 2009.¹⁰

Parallel dazu war ein Rückgang französischer Aktivitäten im Bereich Infrastruktur und bei den Investitionsgütern zu beobachten, bislang Frankreichs

Zugpferde, während Peking zunehmend anstrebt, unabhängig von ausländischen Technologien im eigenen Land zu produzieren. Ob in der Atomindustrie, der Luftfahrt oder im Eisenbahnverkehr – China unterstreicht mit seiner aggressiven Technologietransferpolitik seinen Willen, auf »die eigene Kraft zu setzen« – wie ein maoistischer Leitsatz lautet. So wurden für das zweite Halbjahr 2009 massive staatliche Investitionen in den Bau von 42 Hochgeschwindigkeitszugstrecken in Höhe von 200 Milliarden Euro angekündigt. Gleichzeitig erklärte der chinesische Minister für Eisenbahnverkehr auf dem Forum von Dalian, dass sich China dank seiner Technologietransfers dafür selbst ausrüsten könne.¹¹ Im Februar 2009 beklagte Philippe Melier, Präsident des Transportunternehmens Alstom, die zunehmende Abriegelung des chinesischen Eisenbahnmarkts.¹²

Die wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit in Schlüsselbereichen bildet daher das Kernstück der von Peking und Paris unterzeichneten globalen Partnerschaftsabkommen. Technologietransfers in hochsensiblen Bereichen haben sich zu einer Bedingung sine qua non für zahlreiche bedeutende Handelsabkommen entwickelt. So gingen dem Vertragsabschluss über die Lieferung von zwei EPR-Reaktoren an die Provinz Guangdong zwischen dem französischen Konzern AREVA und dem CGNPG (China Guangdong Nuclear Power Group) langwierige Verhandlungen über die Frage des Technologietransfers voraus. Dennoch blieb der Vertrag weit hinter den Erwartungen zurück, die durch das 2004 während des Besuchs von Staatspräsident Hu Jintao in Frankreich veröffentlichte gemeinsame Kommuniqué geweckt worden waren.¹³

Das Thema Umwelt ist ein neuer, sowohl wirtschaftlich als auch strategisch bedeutsamer Kernbereich der Zusammenarbeit. China übt auch auf diesem Gebiet starken Druck aus. In der gemeinsamen Erklärung über den Kampf gegen die Klimaerwärmung, die anlässlich des Besuchs von Staatspräsident Sarkozy in China unterzeichnet wurde, ist von dem Wunsch die Rede, die bilaterale Zusammenarbeit in Bereichen zu vertiefen, in denen Frankreich über anerkannte Sachkompetenz verfügt, darunter die Bereiche Wasser- und Abfall-

wirtschaft. In diesem Zusammenhang wird dazu aufgerufen, in mehreren Bereichen »innovative Technologien stärker zu verbreiten«, darunter die zivile Nutzung von Kernenergie, erneuerbare Energien, Brennstoffzellen sowie saubere Kohle und Kohlendioxidspeicherung.¹⁴ Es handelt sich hierbei um Bereiche, die für Chinas geplanten industriellen Wandel als grundlegend gelten.

Verträge mit Großkonzernen sind für mögliche politische Kehrtwenden recht anfällig und überdies zum Teil durch die Entwicklung eigener chinesischer Kompetenzen bedroht.¹⁵ Trotz jüngster Bemühungen war es nicht möglich, diese Verträge durch ein dynamisches Netz französischer kleinerer und mittlerer Unternehmen zu ergänzen, die nach China exportieren oder sogar vor Ort präsent sind. Ein Großteil der Investitionen in den Bereichen Infrastruktur, Transportwesen, Energie und Handel wird von etwa 20 Großunternehmen gesteuert. Aus der Sicht Pekings zeigt sich hier eine der Schwächen der französischen Industrieinfrastruktur sowie die daraus resultierende Unfähigkeit Frankreichs, China mit den gewünschten Produkten zu beliefern.¹⁶ Chinesische Analytiker werfen Frankreich überdies die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit seiner Produkte sowie die unzureichende Öffnung seiner Märkte vor und weisen auf die im Vergleich liberale Haltung hin, die Deutschland auf diesem Gebiet vertritt.¹⁷ Für Paris dagegen – und hier handelt es sich um einen der zentralen Streitpunkte – sind die Schwierigkeit Frankreichs, auf dem chinesischen Markt aktiv zu werden, ebenso wie die Asymmetrie in den Handelsbeziehungen Folgen des chinesischen Systems inoffizieller Barrieren, der manipulativen Auf- oder Abwertung der chinesischen Währung und der Gesetzeslücken vor allem im Bereich der geistigen Eigentumsrechte.

Eine Asymmetrie zwischen Frankreich und China lässt sich auch bei den Investitionen feststellen. In China sind etwa 2000 französische Firmen ansässig, die mehr als 300 000 chinesischen Arbeitnehmern beschäftigen und im Jahr 2009 insgesamt einen Umsatz von 30 Milliarden Euro erwirtschaften werden, wodurch Frankreich unter den europäischen Staaten nach Deutschland und dem Vereinigten Königreich als drittgrößter Investor in China gilt. Die Investitionen chinesischer Unternehmen in

Frankreich hingegen fallen sehr viel bescheidener aus.¹⁸ Im Jahr 2007 waren mit Berücksichtigung von Hongkong nur etwa 100 chinesische Firmen in Frankreich ansässig, davon etwa 40 bereits seit 2005. Dabei handelt es sich vor allem um Unternehmen aus der Textil- oder der Transportbranche, aus der Elektro- und Chemieindustrie oder dem Tourismus. All diese Unternehmen zusammen haben in Frankreich etwa 8000 Arbeitsplätze geschaffen.¹⁹ Bedeutsamer ist hingegen die Tatsache, dass sich chinesische Unternehmen in jüngster Zeit bevorzugt über Fusionen und Übernahmen Zugang zum französischen Markt verschaffen: Allein im Jahr 2008 fanden acht solcher M&A-Transaktionen statt, und dies in Bereichen, deren hochsensible Technologien für Chinas weitere Entwicklung von zentraler Bedeutung sind. Wichtiges Beispiel hierfür ist der Sektor der Telekommunikation, der von einer Art gegenläufiger Standortverlagerung geprägt ist. So kündigte beispielsweise das chinesische Elektrounternehmen Huawei die Eröffnung eines Zentrums für Grundlagenforschung in Frankreich an und erklärte, 200 Forscher und Akademiker einstellen zu wollen.²⁰

Vielfältige Konfliktpunkte oder eine gemeinsame strategische Vision?

Divergierende Interessen

Die besorgniserregende Asymmetrie in den französisch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen spiegelt sich auch in den unausgewogenen Erwartungshaltungen wider, die gegenüber dem jeweils anderen Partner existieren. Trotz der stetigen Beteuerung »gemeinsamer Interessen« herrscht in wichtigen strategischen Fragen Uneinigkeit. Beide Länder bestehen auf den Prinzipien der Gleichwertigkeit und der Gegenseitigkeit, also auf einer »Win-win-Beziehung«. Frankreich versucht, insbesondere seit der Amtsübernahme durch Staatspräsident Sarkozy, mit dem Prinzip der Gegenseitigkeit eine Grundlage für ausgewogenere Beziehungen zu Peking herzustellen, vor allem im Bereich der Wirtschaftskontakte, der Einhaltung von Vertragsvereinbarungen und des Schutzes von geistigen Eigentumsrechten.²¹ Für Peking hingegen scheinen die Konzepte des »Win-win« und der »Einhaltung

des Gleichheitsprinzips« vor allem dazu zu dienen, jede Kritik an seinem Wirtschaftsgebaren zurückweisen und die Durchsetzung eigener Interessen zu sichern.

Bei genauerer Betrachtung wird deutlich, dass beide Länder das Konzept der »Grundinteressen« (hexin liyi), auf das Peking insistiert, unterschiedlich auslegen. Frankreich wie auch alle übrigen Partner Pekings sehen Chinas Interessen in dessen harmonischer Integration in das internationale System und in dessen Wirtschaftsentwicklung, die wiederum zur Stabilität der gesamten Welt beitrüge. Auch wenn Peking diese Aspekte berücksichtigt, verortet es die »Grundinteressen« an anderer Stelle. Im Rahmen des strategischen Gesprächs in Washington stellte Staatssekretär Dai Bingguo klar, dass die grundlegenden Interessen der Volksrepublik China darin bestünden, zuallererst für den Erhalt des politischen Systems, die Aufrechterhaltung der Ordnung und Souveränität des chinesischen Staates sowie für seine territoriale Integrität zu sorgen. Erst danach folgten Bemühungen um ein weiteres Wirtschaftswachstum.²² Diese stark voneinander abweichenden Interpretationen des »Grundinteresses« stellen das Kernproblem der französisch-chinesischen Beziehungen dar, ob es nun um die Ausrichtung der Olympischen Spiele geht oder um die Tibet-Frage. Für das chinesische Regime stehen die Tibet- ebenso wie die Taiwan-Frage mit den ersten beiden der oben genannten »Grundinteressen« in direktem Zusammenhang, denn beide berühren unmittelbar die Frage nach der Legitimität der Kommunistischen Partei Chinas. Jeder Partner Chinas, der das Regime in diesen beiden Konfliktpunkten öffentlich angreift oder Bedingungen daraus ableitet, trägt demnach dazu bei, den Eindruck absoluter Macht zu stören, den die chinesische Regierung gegenüber ihrer eigenen Bevölkerung aufrecht erhalten muss.

Vor diesem Hintergrund ist es schwierig, eine »der Zukunft zugewandte Beziehung« aufzubauen, wie es offiziell heißt. Ganz im Gegenteil: Das Maß, mit dem die Qualität der bilateralen Beziehungen auf chinesischer Seite gemessen wird, ist die treue Verbundenheit mit der – stark idealisierten – Vergangenheit. Demnach würden sich die Beziehungen zwischen Frankreich und China ungeachtet des

komplexen und sich ständig wandelnden internationalen Kontexts nach wie vor »wie in der Vergangenheit« entwickeln und auf diese Weise eine Insel der Stabilität und der Kontinuität in einer Welt darstellen, die seit dem Ende des Kalten Krieges starken Umwälzungsprozessen unterliegt.²³ Auch wenn diese nostalgische Haltung auf eine gewisse Art und Weise in Frankreich ebenfalls anzutreffen ist, so entspricht sie dennoch in keiner Weise den Anforderungen einer wahrhaft globalen und mehrdimensionalen strategischen Partnerschaft, die den aktuellen Entwicklungen Rechnung trägt.

Die Bedeutung Chinas und die daraus resultierende Verantwortung

Eine weitere Diskrepanz besteht darin, dass Paris jedes Mal, wenn es bekräftigt, »dass die Welt China braucht«,²⁴ auch die Verantwortung und Pflichten betont, die sich daraus ableiten. Von Seiten Pekings wird dies als Anzeichen für ein verringertes französisches Interesse an China gewertet. Frankreich vertritt ebenso wie die Europäische Union die Meinung, dass die Volksrepublik China aktiver an der Lösung von Problemen mitwirken müsse, an deren Entstehung sie unmittelbar beteiligt ist.²⁵ Das trifft u. a. auf das Thema Umwelt zu. Frankreich und China haben Ende 2007 eine »Gemeinsame Erklärung über den Kampf gegen den Klimawandel« unterzeichnet, um mit »vereinten Kräften dieser großen Herausforderung begegnen zu können«. Allerdings ist China, obwohl derzeit der größte Verursacher von Treibhausgasen, (noch) nicht bereit, sich auf klar benenn- und überprüfbare Ziele festzulegen, sondern beharrt auf dem Prinzip einer »gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortung«.²⁶

Auch andere Felder eines internationalen Engagements, wie beispielsweise die Afrika-Politik und der Themenkomplex der »Good Governance« und der Entwicklungszusammenarbeit, bergen immer wieder Konfliktpotenzial. Frankreich und Europa wären im Fall einer größeren Krise auf dem afrikanischen Kontinent, bei der chinesische Interessen berührt werden, direkt betroffen, denn sie haben ein großes strategisches Interesse an einem stabilen Afrika. China jedoch räumt der Frage der Stabilität auf dem afrikanischen Kontinent zum

großen Leidwesen Frankreichs wenig Raum im bilateralen strategischen Dialog mit den französischen Partnern ein. Auch der Kampf gegen die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen ist sowohl für Frankreich als auch für China von großem Interesse. Doch während Frankreich sich klar gegen eine Atommacht Iran ausspricht, versucht China in dieser Frage, wie im Falle Nordkoreas, Zeit zu gewinnen, und weigert sich, das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten²⁷ oder auch das Recht eines Staates auf zivile Nutzung von Kernkraft in Frage zu stellen.²⁸ In seinem aktuellen »Weißbuch der Verteidigung« warnt Frankreich vor der Bedrohung durch die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und der Gefahr, die von einigen Ländern mit der Möglichkeit, eigene Flugkörper zu entwickeln, ausgeht, und erwähnt in diesem Zusammenhang unmissverständlich die Volksrepublik China.²⁹

Welche multipolare Weltordnung?

Die Frage nach einer multipolaren Weltordnung steht im Zentrum der strategischen Debatte zwischen Frankreich und China. Bereits vor der Rückkehr Frankreichs in die integrierten Kommandostrukturen der NATO wurde deutlich, dass in dieser Frage unterschiedliche Interpretationen existierten. Wie andere Staaten sprechen sich sowohl Paris als auch Peking gegen eine einseitige Konzentration der Macht in den Händen der USA und für eine multipolare Weltordnung aus. Allerdings möchte Frankreich die bereits bestehenden multilateralen Strukturen stärken, während sich die Volksrepublik China einem derartigen Engagement widersetzt. China unterhält eine besondere Beziehung zu den USA, die durch den wiederholten Verweis auf eine G2 zwischen den beiden größten Volkswirtschaften der Welt, die an die Stelle der vergangenen sowjetisch-amerikanischen Bipolarität träte, immer wieder betont wird.³⁰ Das chinesische Streben nach Multipolarität erhält damit einen grundlegend anti-amerikanischen Charakter. Frankreich versucht zugleich, im Rahmen seiner Teilnahme am Asia-Europa-Gipfel ASEM seine Asien-Politik zu intensivieren, womit die Anerkennung der multipolaren Struktur Asiens ebenso wie die Berücksichtigung der Interessen anderer wichtiger Partnern wie Japan, Indien oder auch der ASEAN-Staaten einhergeht.

Allein die Vielzahl an Definitionen des Begriffs »strategisch« weist auf die deutlich voneinander abweichenden Interpretationen einer strategischen Partnerschaft in Paris und Peking hin. Für China bedeutet »strategischer Dialog«, unangenehme Themen zu vermeiden und sich auf gemeinsame Positionen zu konzentrieren, die den strategischen Interessen Chinas, vor allem gegenüber den USA, dienlich sind.³¹ Jian Junbo, Spezialist für Europa-Fragen der Universität Fudan in Shanghai, bietet in diesem Zusammenhang eine Interpretation an, die sich – obwohl ursprünglich auf die Beziehungen Chinas zur EU bezogen – ebenso gut auf die französisch-chinesischen Beziehungen anwenden ließe: Die Beziehung sei wegen der wiederholten Einmischung der Europäischen Union in die »inneren Angelegenheiten Chinas« »weder strategisch noch umfassend«.³² In der Tat nimmt für Peking die Qualität von Beziehungen in dem Maße zu, in dem China die Möglichkeit erhält, diese zu steuern und auf ihre Inhalte einzuwirken, wobei die Umsetzung eigener Interessen im Vordergrund steht. Sobald dieser Anspruch nicht erfüllt wird, hält China dem entsprechenden Partner das Fehlen einer »strategischen Vision« vor. Wenn nun Frankreich deutlich machen möchte, dass die französisch-chinesischen Beziehungen zentraler Bestandteil seiner Außenpolitik sind, dann würde – oder müsste – das in den Augen Pekings bedeuten, dass Paris bereit ist, seine eigenen Positionen gegebenenfalls anzupassen, um diese Beziehungen nicht zu gefährden. Zu untersuchen bleibt die Frage, inwieweit diese Haltung den französischen Interessen bislang genützt hat oder inwieweit sie für französische Interessen auf der bilateralen Ebene und in Asien insgesamt nutzbringend sein könnte.

Die asiatische Dimension sollte in der Tat nicht nur im Kontext der sich ständig erweiternden EU-ASEM-Beziehungen betrachtet werden, sondern auch Eingang in die Untersuchung der bilateralen Beziehungen zwischen Frankreich und China finden. Frankreichs Asien-Politik hat sich lange Zeit auf seine Politik gegenüber China beschränkt. Mit dem Ende des Kalten Krieges veränderte sich die Situation jedoch deutlich: Die zunehmende Eigenständigkeit Asiens in der Formulierung strategischer Ziele, der Aufstieg zu einer starken Wirtschaftsregion sowie die zunehmende Kom-

plexität der Sicherheitslage angesichts eines beunruhigenden Machtzuwachses der Volksrepublik China erfordern die Berücksichtigung aller asiatischen Akteure, die selbst ein großes Interesse an einem Gleichgewicht gegenüber China haben. Die Tatsache, dass inzwischen auch die neue amerikanische Regierung die tiefgreifenden Veränderungen in Asien erkennt, verstärkt den Druck auf Frankreich und Europa, sich mit dem gesamten asiatischen Kontinent auseinanderzusetzen. Diese neue Entwicklung widerspricht allerdings Chinas Ambitionen, als »natürliche Führungsmacht« den ersten Platz unter den asiatischen Ländern einzunehmen.

Die Zukunft der französisch-chinesischen Beziehungen

Das Jahr 2008 ging als ein ausgesprochen spannungsgeladenes Jahr in die Geschichte der Beziehungen zwischen Frankreich und China ein: von der Tibet-Frage über die Teilnahme des französischen Präsidenten an der Eröffnungsfeier der Olympischen Spiele in Peking und die Annullierung des EU-China-Gipfels in Lyon bis hin zur Ankündigung des französischen Staatspräsidenten, sich mit dem Dalai Lama in Polen im Herbst treffen zu wollen. Im Jahr 2009 wurden die Kontakte wieder aufgenommen, und es gab eine Fülle von offiziellen Erklärungen über die große Bedeutung der französisch-chinesischen Beziehungen, über die Einhaltung des Prinzips der Nichteinmischung und das Versprechen von Seiten Frankreichs, die Unabhängigkeit Tibets in keiner Weise zu unterstützen.³³ Eine weitere Verbesserung der Beziehungen stellte nach den Worten des Sprechers des chinesischen Außenministeriums der Besuch von Jean-David Levitte, diplomatischer Berater des französischen Staatspräsidenten Sarkozy, in Peking im September 2009 dar.³⁴ Allerdings bleibt ungewiss, inwieweit die politischen Beziehungen zwischen Frankreich und China an vergangene Zeiten anknüpfen können, obwohl sich die wirtschaftlichen Auswirkungen der Spannungen in Grenzen hielten – ungeachtet der Aufrufe zum Boykott und der Bemühungen auf Seiten Chinas, während der beiden chinesischen Handelsmissionen im Jahre 2008 Frankreich zu meiden.

Die Spannungen des Jahres 2008 haben ihre Wurzeln in tiefgehenden und bereits längere Zeit bestehenden Meinungsverschiedenheiten zwischen Paris und Peking, die angesichts der stetigen Weiterentwicklung, der die Beziehungen unterliegen, immer schwerer auszuräumen sind. Der Bruch besteht in erster Linie darin, dass Frankreich sich immer weniger bereit zeigt, zugunsten einer vermeintlich existierenden gemeinsamen »strategischen Vision« auf vertiefende Gespräche in strittigen Fragen zu verzichten. Im Rahmen seines Antrittsbesuchs als Staatspräsident erklärte Nicolas Sarkozy im Herbst 2007 öffentlich, dass die neue französisch-chinesische Partnerschaft »zukunftsorientiert« und von »Gegenseitigkeit und konkreten, fassbaren Projekten« geprägt sein würde.³⁵ So wurde der bestehende chinesische Diskurs umgedeutet und verstärkt dem französischen Interesse am Prinzip der Gegenseitigkeit angepasst. Diese Wende spiegelt nicht zuletzt eine Entwicklung der öffentlichen Meinung in Frankreich wider: Die Bevölkerung ist gegenüber China kritischer geworden, zeigt sich sensibilisiert für Menschenrechtsfragen und besorgt über die Auswirkungen von Firmenverlagerungen ins Ausland.

Auf dem G20-Gipfel in London, der durch ein kurzes Treffen der beiden Staatsoberhäupter die französisch-chinesische »Aussöhnung« unterstreichen sollte, zögerte Präsident Sarkozy nicht, die zentrale Rolle Chinas bei der Durchsetzung internationaler Normen für eine neue weltumspannende »Governance« anzusprechen. Hierbei ging es auch um das Thema Steueroasen. Vor dem Kopenhagener Klimagipfel im Dezember 2009 erwägen die französischen Behörden die Einführung einer CO₂-Steuer an den Außengrenzen der EU für den Fall, dass im Umweltbereich keinerlei Fortschritte erzielt würden. Auch hierbei könnte es zum Streit mit China kommen, denn den Chinesen ist klar, dass das nationale Wirtschaftswachstum kurzfristig nur durch die erneute massive Ankurbelung der Exportaktivitäten konsolidiert werden kann.³⁶

Nahezu identisch mit den ersten Erklärungen des Staatspräsidenten war die Palette an Formulierungen, die Paris auf Druck Pekings im Jahr 2009 vorbringen musste, um die französisch-chinesischen Beziehungen wieder auf den »rechten Weg«

zu bringen, von der »langfristigen strategischen Perspektive« bis hin zur »Berücksichtigung der Grundinteressen Chinas«.³⁷ Zentrale strategische Streitpunkte, wie sie im Rahmen eines Dialogs zweier mächtiger Länder wie Frankreich und China eigentlich zu erwarten wären, fanden dagegen in der Öffentlichkeit keinerlei Erwähnung.³⁸ Ungeachtet dessen wird es von einem neuen Gleichgewicht der französisch-chinesischen Beziehungen und von Frankreichs Fähigkeit, weiterhin die Initiative zu ergreifen, abhängen, wie stabil sich das französisch-chinesische Paar langfristig entwickeln wird, denn die potentiellen Streitpunkte werden eher zahlreicher.³⁹

In einem weiteren Rahmen sind die Kontroversen in den französisch-chinesischen Beziehungen insofern interessant, als sie Fragen zu Grundlagen und Normen im Zusammenhang mit Chinas Engagement in multilateralen Strukturen aufwerfen. Denn die Festlegung von Normen geht mit dem Prinzip der Verbindlichkeit für alle Beteiligten einher, das China ablehnt. Für Peking besteht ein enger Zusammenhang zwischen der universellen Gültigkeit von Normen und der Theorie von der friedlichen Entwicklung Chinas, die nach und nach zur Umkehrung der politischen Machtverhältnisse in der Volksrepublik führen soll. Außerdem misst China seine Kraft an seiner Fähigkeit, Einfluss auf die Festlegung von Normen im internationalen System nehmen zu können. Seit 2007 zeigt sich China daher beunruhigt und misstrauisch gegenüber der Tatsache, dass Präsident Sarkozy ungeachtet der vermeintlich andauernden Kontinuität immer klareren Willen bekundet, das Prinzip der Gegenseitigkeit tatsächlich umzusetzen.⁴⁰

Wu Jianmin, der ehemalige chinesische Botschafter in Frankreich und Präsident der Diplomatischen Hochschule Chinas in Peking, hat drei Prinzipien formuliert, auf denen die Beziehungen Chinas zur EU beruhen sollten und die für die Beziehungen zu sämtlichen Partnern gelten können: Gegenseitiger Respekt, was vor allem bedeutet, dass chinesische Positionen respektiert werden sollen; Konzentration auf die »wesentlichen Themen«, was mit dem Vermeiden sämtlicher potentieller Streitpunkte bei der Umsetzung einer globalen strategischen Partnerschaft gleichzusetzen ist; und

schließlich einen »korrekten« Umgang mit Unterschieden, was bedeutet, dass dem Dialog Vorrang vor dem Einfordern von Ergebnissen eingeräumt wird. Auf der Basis dieser drei Prinzipien versucht China, dem Management von internationalen Krisen, in die China nahe stehende Staaten involviert sind, einen pragmatischen Relativismus aufzuzwingen, der im Widerspruch zu der von anderen Partnern angestrebten Verbesserung einer weltweiten »Governance« steht. Die ausgesprochen harsche Reaktion gegenüber Frankreich, dem China

vorwarf, Entscheidungen zu treffen, ohne den chinesischen Standpunkt zu berücksichtigen, war in diesem Zusammenhang ein lehrreiches Beispiel für alle Partner der Volksrepublik, da bei dieser Gelegenheit Chinas Grenzen für sein Engagement in der Welt deutlich zu Tage getreten sind.⁴¹

Valérie Niquet leitet das Asien-Zentrum am Institut français des relations internationales (Ifri), Paris; Übersetzung : ECHOO Konferenzdolmetschen.

Anmerkungen

- 1 Präambel der gemeinsamen Erklärung »Construire ensemble un monde plus sûr, plus prospère, plus harmonieux et plus solidaire«, 26.10.2006, <<http://www.doc.diplomatique.gouv.fr/BASIS/pacte/webext/bilat/DDD/20060138.pdf>>.
- 2 1991 wurde ein Vertrag über den Verkauf von 6 Fregatten an Taiwan unterzeichnet, 1992 folgte ein Vertrag über den Verkauf von 60 Mirage-Kampfflugzeugen.
- 3 Am 27. Januar 1964, mitten im Kalten Krieg und gegen den Willen Washingtons, hat Frankreich die Volksrepublik China anerkannt. Diese Anerkennung ermöglichte beiden Mächten, einen eigenen unabhängigen Diskurs »jenseits der Blockstaatenpolitik« zu entwickeln, der bis heute als Ausgangspunkt für die beidseitigen Beziehungen gilt. Das Kommuniqué von 1964 besagt lediglich: »Die Regierung der Republik Frankreich und die Regierung der Volksrepublik China haben im beiderseitigen Einvernehmen beschlossen, diplomatische Beziehungen zueinander aufzunehmen. Sie sind darin übereingekommen, in einem Zeitraum von 3 Monaten Botschafter zu benennen.« Vgl. Articles et documents, La Documentation française Nr. 0, 1494, 13.2.1964. Vgl. dazu auch die Pressekonferenz von Staatspräsident Charles De Gaulle am 31.1.1964, deutsch in: Europa-Archiv 5/1964, S. D 143 ff., hier S. D 152 ff.
- 4 Bilan des relations franco-chinoises, 18.2.2009, <<http://www.ambafrance-cn.org/Bilan-des-relations-franco-chinoises.html?lang=fr>>, und Renmin ribao, 26.1.2004.
- 5 Wang Zhaohui, Relations France-Chine: bilan et perspectives pour l'avenir, 3.11.2006, <http://french.china.org.cn/news/txt/2006-11/03/content_2270931.htm>.
- 6 Frankreich und China haben ihre Zustimmung zur Ausarbeitung einer UN-Konvention über den Schutz und die Förderung der kulturellen Vielfalt erklärt. Diese gemeinsame Haltung wird international als Erfolg der »Abstimmung« zwischen Paris und Peking dargestellt.
- 7 A. a. O. (Anm. 4).
- 8 Wang Zhaohui, Sino-French Relations Look Ahead, 26.1.2004, <http://www.china.org.cn/archive/2004-01/26/content_1085515.htm>.
- 9 Gemeinsame chinesisch-französische Erklärung 26.10.2006, a. a. O. (Anm. 1).
- 10 Vgl. Département des statistiques et des études économiques, Le chiffre du commerce extérieur, 7.5.2009, <<http://lekiosque.finances.gouv.fr/Appchiffre/etudes/thematiques/1T2009.pdf>>.
- 11 Vgl. Le Figaro, 11.9.2009, S. 22.
- 12 Vgl. France24, 2.1.2009, <<http://www.france24.com/en/20090102-business-rail-china-alstom-philippe-mellier-train-maker>>.
- 13 Gemeinsame Erklärung anlässlich des Staatsbesuchs von Präsident Hu in Frankreich, 27.1.2004, <http://www.chine-informations.com/guide/declaration-conjointe-franco-chinoise-de_1745.html>. Es sei daran erinnert, dass im Jahre 2006 letzten Endes Westinghouse den größten Zuschlag für den Ausbau chinesischer Kernkraftwerke erhielt.
- 14 Gemeinsame Erklärung Frankreichs und der Volksrepublik China über den Kampf gegen die Klimaveränderungen, 26.11.2007, <<http://www.ambafrance-cn.org/Declaration-conjointe-sur-la-lutte-contre-les-changements-climatiques.html?lang=fr>>.
- 15 Anlässlich seines Staatsbesuchs in China im Jahr 2007 hob Staatspräsident Sarkozy hervor, er habe Verträge »in einer Höhe von 20 Milliarden Euro« unterzeichnen können, vgl. Gemeinsame Pressekonferenz von Staatspräsident Nicolas Sarkozy und Staatspräsident Hu Jintao, 26.11.2007, <<http://www.ambafrance-cn.org/Conference-de-presse-conjointe-de-Nicolas-Sarkozy-et-Hu-Jintao.html?lang=fr>>, deutsche Auszüge in: <http://www.botschaft-frankreich.de/spip.php?article2937&var_recherche=Hu%20Jintao>.
- 16 Vgl. Wang Chengchin, France China Economic Relations Trade and Investment (China Europe International Business School, Student Projects Nr. 001), Shanghai, Mai/Juni 2008.
- 17 Vgl. ebd.
- 18 Vgl. Die französisch-chinesischen Beziehungen aus der Sicht von Hervé Ladsous, in: Chine information, 14.7.2009. Generell ist der Anteil westlicher Investitionen in China gering. 2007 entfielen auf die USA 3,5% aller Auslandsinvestitionen in China, auf die EU 5,13%, davon 1,11% auf GB, 0,98% auf Deutschland und 0,61% auf Frankreich; Vgl. Wang Chengchin, op. cit. (Anm. 16).

- 19 Vgl. Foreign Direct Investment Report 2008 (Invest in France Agency), <http://www.investinfrance.org/uploads/files-en/09-04-27_143056_090424_Rapport_annuel_UK_web.pdf>.
- 20 Vgl. Le Figaro, 11.9.2009, S. 22.
- 21 Vgl. Interview mit Staatspräsident Nicolas Sarkozy, 24.11.2007, <http://www.french.xinhuanet.com/french/2007-11/24/content_530163.htm>.
- 22 Vgl. Dai Bingguo, The Core Interests of the People's Republic of China, China News Agency, 28.7.2009.
- 23 Vgl. Wang Zhaohui, op. cit. (Anm. 5).
- 24 Ansprache von Jaques Chirac vor der Diplomatischen Hochschule Chinas in Peking, 29.4.2009, <<http://www.ambafrance-cn.org/Discours-de-Monsieur-Jacques-Chirac.html?lang=fr>>.
- 25 Ebd., sowie das Interview von Staatspräsident Nicolas Sarkozy, op. cit. (Anm. 21).
- 26 Gemeinsame Umwelterklärung, s.o. (Anm. 14).
- 27 Ebenfalls unter Berufung auf das Prinzip der Nichteinmischung lehnt China jegliche Kritik Frankreichs und der Europäischen Union in Bezug auf die Einhaltung der Menschenrechte ab. In dieser gehen die Meinungen darüber, wie »Dialog« zu definieren sei, stark auseinander. Während sich Frankreich bzw. Europa insgesamt immer stärker ergebnisorientiert zeigen, möchte China weiterhin eher prozessorientiert arbeiten und hält am Prinzip der Nichteinmischung in seine inneren Angelegenheiten fest.
- 28 Gemeinsame Pressekonferenz von Staatspräsident Nicolas Sarkozy und Staatspräsident Hu Jintao, 26.11.2007, a. a. O. (Anm. 15).
- 29 Vgl. Verteidigung und nationale Sicherheit, Weißbuch, <http://www.livreblancdefenseetsecurite.gouv.fr/information/les_dossiers_actuelles_19/livre_blanc_sur_defense_875/index.html>, S. 30.
- 30 Vgl. Remarks at the Dinner Honoring Wu Gangguo Chairman of the NPA, Press Release Department of State, 10.9.2009.
- 31 Vgl. Jian Junbo, Sino-EU ties hijacked by Tibet issue, 28.3.2009, <<http://www.atimes.com/atimes/China/KC27Ad01.html>>.
- 32 Jian Junbo, China-EU ties caught in vicious circle, 20.8.2009, <<http://www.atimes.com/atimes/China/KH20Ad02.html>>.
- 33 Vgl. Gemeinsames Kommuniqué, 1.4.2009, <<http://www.ambafrance-cn.org/Communique-de-presse-franco-chinois.html?lang=fr>>.
- 34 Vgl. China calls for joint efforts with France to promote ties, 9.4.2009, <http://news.xinhuanet.com/english/2009-04/09/content_11158056.htm>.
- 35 Gemeinsame Pressekonferenz von Staatspräsident Nicolas Sarkozy und Staatspräsident Hu Jintao, 26.11.2007, a. a. O. (Anm. 15)
- 36 Die Streitigkeiten mit den USA über die Ausfuhr von Autoreifen sind vor diesem Hintergrund bezeichnend. Für Peking ist die Abriegelung des US-amerikanischen Marktes nicht hinnehmbar, da sie den Verlust von 100 000 chinesischen Arbeitsplätzen nach sich zöge; in: Le Figaro, 16.9.2009.
- 37 Vgl. China and France seeking to develop bilateral ties, 2.9.2009, <http://news.xinhuanet.com/english/2009-09/02/content_11986363.htm>.
- 38 Ebd.
- 39 Vgl. Le Figaro, 11.9.2009.
- 40 Vgl. das Interview von Staatspräsident Nicolas Sarkozy, op. cit. (Anm. 21).
- 41 Vgl. Foreign Ministry, China »has no choice but to react« to French leader's Dalai Lama meeting, 30.11.2008, <http://news.xinhuanet.com/english/2008-11/28/content_10428321.htm>.